

# Sozialismus

www.Sozialismus.de

Bischoff/Radke/Troost:  
Aufschub? Durchbruch?



Michael Wendt:  
Das SPD-Impulspapier



Otto König/Richard Detje:  
Jugendarbeitslosigkeit

Eberhard Fehrmann:  
Lagerbildung im DGB

Forum  
Gewerkschaften

Klaus Wernecke:  
Bismarcks Reichsgründung



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

## Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf [www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de)

### Aufklärung soll verhindert werden



Mit der Entlassung des Generalbundesanwalts will die Bundesregierung Entschlossenheit demonstrieren. Plötzlich – nachdem die deutsche Exekutive und Judikative seit zwei Jahren in der NSA-Affäre – Edward Snowden hatte deren weltweiten Überwachungspraktiken aufgedeckt – abgetaucht war und auch ein damit befasster Untersuchungsausschuss das Schattenreich erfolglos blieb. ...

### Erdogans Krieg



In der Türkei hat sich der kurdische Frühling in einen hasserfüllten nationalistischen Sommer verwandelt. Allen Provokationen zum Trotz überwand die »Demokratische Partei der Völker« (HDP) die Sperrhürde, errang gar 13,2% und damit 80 Sitze im Parlament. Die regierende islamisch-konservative AKP verlor die Mehrheit. ...

### Kampf um den 8-Stunden-Tag



Kämpfe um Zeit begleiten die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung seit ihrer Entstehung. Immer wieder stand dabei die Dauer des Arbeitstages im Fokus hart geführter Auseinandersetzungen. ...

## Welt in Unordnung

Egon Bahr (1922-2015): Kooperation statt Konfrontation .....	2
Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Das Zeitalter der Massenvertreibungen Hintergründe der aktuellen Flüchtlingsbewegungen .....	6
Murat Çakır: Die türkische Vielfachkrise ... und das gefährliche Drehen an der Eskalationsschraube .....	14
Uli Cremer: NATO jetzt mit »Superschneller Flitsmacht« .....	19

## Soziale Kämpfe in Griechenland und Europa

Joachim Bischoff/Björn Radke/Axel Troost: Aufschub oder Durchbruch? Eine vorläufige Bilanz der griechischen Krise .....	24
Joachim Bischoff: Time for Change? Yanis Varoufakis' Versuche, Überschüsse zu recyceln .....	31
Steffen Lehnendorff: Nach dem Platzen der Hoffnungen. Die Debatte über den zweiten Schritt vor dem ersten .....	35

## Sozialdemokratie – optimistischer Selbstbetrug?

Michael Wendt: Im Rausch der Mythen Das Impulspapier des SPD-Präsidiums .....	40
--	----

## Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Jugendarbeitslosigkeit: Bedrohung der Demokratie Förderprogramme sind Brücken zur Beschäftigung, kein Ersatz für die Schaffung neuer Arbeitsplätze .....	45
Eberhard Fehrmann: Auf der Suche nach der verlorenen Einheit Hintergründe der Lagerbildung im DGB .....	48

## Militaristen und Internationalisten in der Geschichte

Klaus Wernecke: Moderne deutsche Hegemonialkriege. Ein Rückblick auf Otto von Bismarck und den Weg zur »Reichsgründung« .....	55
Mario Keßler: »Für Freiheit, Völkerverbrüderung, Sozialismus« Zum 100. Jahrestag der Zimmerwalder Konferenz .....	62

## Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum .....	5
Veranstaltungen & Tipps .....	68
Klaus Schneider: Taxi Teheran (Filmkritik) .....	69

## Supplement

Thomas Eilt Goes

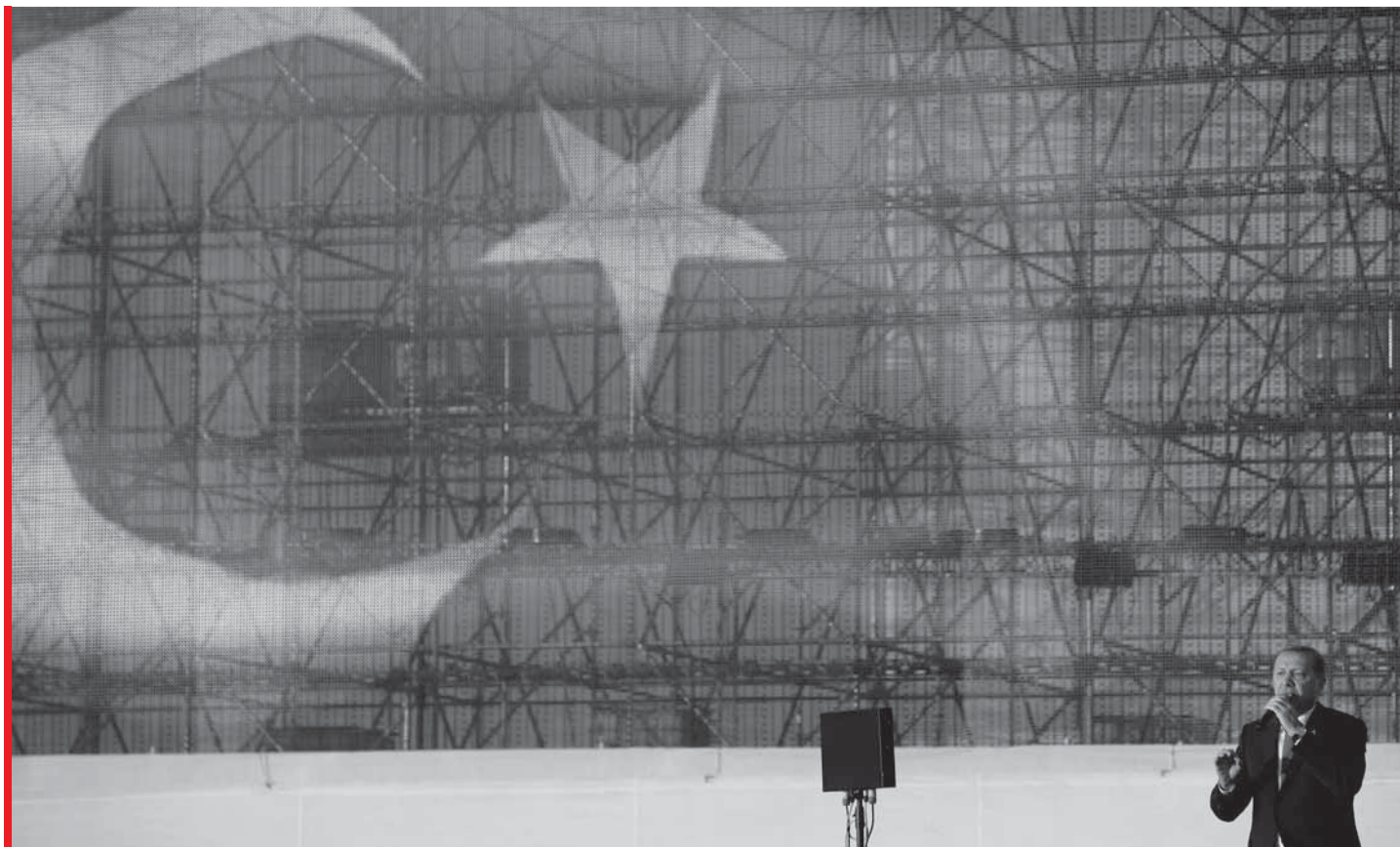
### In Bewegung!

Gewerkschaften zwischen Defensive und Erneuerung

# Die türkische Vielfachkrise

... und das gefährliche Drehen an der Eskalationsschraube

von | Murat Çakır



30.5.2015, Ansprache von Staatspräsident Erdoğan in Istanbul (Foto: dpa)

Im Heft 7/8-2015 dieser Zeitschrift haben wir festgestellt, dass die Parlamentswahlen von Anfang Juni in der 13-jährigen AKP-Ära eine Zäsur darstellen.<sup>1</sup> Die AKP-Regierung wurde abgewählt. Alles deutete auf eine Koalitionsregierung hin. Wochen später, nach der Konstituierung des neuen Parlaments, gab Staatspräsident Erdoğan dem amtierenden Ministerpräsidenten Davutoğlu am 9. Juli den Auftrag, die 63. Regierung der Türkei zu bilden. Seitdem regiert das Davutoğlu-Kabinett das Land kommissarisch. Da inzwischen die Koalitionsgespräche mit der CHP und der neofaschistischen MHP scheiterten und die verfassungsgemäße Frist zur Re-

gierungsbildung am 23. August endet, droht eine Neuwahl.

Die Türkei ist in einer Vielfachkrise gefangen. Noch scheint keine Lösung in Sicht zu sein. Im Gegenteil, das gefährliche Drehen der AKP an der Eskalationsschraube birgt das Risiko, dass diese Vielfachkrise sich noch weiter vertieft und die gesellschaftliche Spaltung in einem bürgerkriegsähnlichen Konflikt münden könnte. Erdoğan, dessen Plan, ein Präsidialsystem zu etablieren, durch den Einzug der HDP ins Parlament einen empfindlichen Dämpfer bekommen hat, will sich nicht geschlagen geben. Sein derzeitiges Handeln deutet darauf hin, dass er das Wahlergebnis vom 7.

Juni mit einer erzwungenen Neuwahl korrigieren will. Um eben dieses Ziel zu erreichen, schrecken Erdoğan und seine AKP nicht davor zurück, die »Staatsform in Richtung einer offenen Diktatur zu verschieben«.<sup>2</sup>

Für westeuropäische Verhältnisse mag im 21. Jahrhundert in einer parlamentarischen Demokratie eine offene Diktatur unmöglich erscheinen. Doch das parlamentarische System der Türkei fußt auf einer undemokratischen Junta-Verfassung und spätestens seit dem Verfassungsreferendum von 2010 ist die Gewaltenteilung de facto aufgehoben. Die Junta-Verfassung gibt dem Staatspräsidenten, der erstmals 2014 direkt

gewählt wurde, weitgehende Befugnisse. Nachdem die AKP in den letzten drei Legislaturperioden ihrer Alleinregierung die Staatsapparate unter ihre Kontrolle gebracht hat, sind diktatorische Maßnahmen – trotz Verlusts der Parlamentsmehrheit – leicht umzusetzen. Für die AKP, die in der Kontinuität des neoliberalen Regimes der Militärjunta von 1980 steht, wäre das nichts Ungewöhnliches. Immerhin hat sie genug Erfahrung damit sammeln können, so z.B. 2011, als sie das Land sechs Monate lang mit »Erlassen in Gesetzeskraft« regiert hat. Insofern hat Axel Gehrigs Feststellung durchaus Hand und Fuß. Ein kurzer Blick auf die Ereignisse der letzten Wochen macht das deutlich.

## Kriegszustand in Kurdistan

In den Tagen nach den Parlamentswahlen mied Erdoğan die Öffentlichkeit und erklärte bei seinem ersten Auftritt, dass »alle Akteure ihre Egos beiseite stellen und für eine stabile Regierung sorgen sollen«. Kommentatoren der bürgerlichen Medien deuteten dies als »Akzeptanz der Absage der Wählerschaft an das geplante Präsidialsystem«. Es keimte die Hoffnung auf eine Koalitionsregierung, die ein breites gesellschaftliches Fundament hat und dafür sorgen könnte, das parlamentarische System zu restaurieren. Doch schon bei der Konstituierung des Parlaments konnte man sehen, wie trügerisch diese Hoffnungen waren. Die AKP konnte sich mit der Unterstützung der neofaschistischen MHP das Amt des Parlamentspräsidenten, der zugleich Stellvertreter des Staatspräsidenten ist, sicherstellen. Nachdem diese wichtige Hürde genommen war, beauftragte Erdoğan den abgewählten Ministerpräsidenten Davutoğlu mit der Regierungsbildung.

Davutoğlu nahm sich für Koalitionsgespräche reichlich Zeit. Während die Gespräche mit der CHP schleppend vorangingen, überschlugen sich die Ereignisse: Am 20. Juli wurde auf ein linkes Jugendcamp in Suruç an der türkisch-syrischen Grenze ein Bombenanschlag verübt. 31 SozialistInnen starben, Hunderte wurden verletzt. Die Jugendlichen waren auf dem Weg nach Kobanê, um dort den Wiederaufbau zu unterstützen.

Inzwischen hat sich die Zahl der Toten auf 34 erhöht. Obwohl bis heute kein Bekennerschreiben des »Islamischen Staates« (IS) vorliegt, wurde von der Regierung der IS dafür verantwortlich gemacht. Kurze Zeit später wurden zwei Polizisten, denen Kollaboration mit dem IS vorgeworfen wurde, erschossen. Dafür wurde die PKK verantwortlich gemacht. Danach wurde bekannt, dass sich die Türkei und die USA geeinigt hätten und die US-Luftwaffe den Luftwaffenstützpunkt Incirlik für ihre Angriffe benutzen darf. In den westlichen Medien wurde kommentiert, dass die Türkei »nun endlich in der Anti-IS-Koalition mitkämpft«. Am 24. Juli bombardierten türkische F16-Jets vier IS-Stellungen. Doch gleichzeitig begann eine großangelegte Luftoffensive gegen PKK-Stellungen in den nordirakischen Kandil-Bergen und eine Verhaftungswelle im Inland. Die AKP-Regierung erklärte, dass »die Türkei den Terrororganisationen der IS, PKK und der DHKP-C den Krieg erklärt habe«.

In der ersten Welle wurden über 1.300 Personen festgenommen. Türkische Medien berichteten, dass rund 100 Personen IS-Verdächtige wären, der Rest aber Mitglieder der PKK und der linksradikalen DHKP-C. Spezialkräfte der inzwischen paramilitarisierten Polizei gingen dabei äußerst brutal vor. In dem überwiegend von linken und Aleviten bewohnten Istanbuler Stadtteil Gazi wurde eine Frau in ihrem Schlafzimmer regelrecht hingerichtet. Selbst deren Begräbniszereemonie in einem alevitischen Zentrum wurde drei Tage lang von der Polizei belagert und angegriffen. Provokationen, Verhaftungen, Angriffe und Bombardierungen dauern noch an. In Ağrı wurden zwei Bäckerhelfer, 15 und 16 Jahre alt, von Spezialkräften erschossen. In Varto, nahe Muş wurde eine getötete Guerillakämpferin ausgezogen und nackt fotografiert, was im ganzen Land für Aufsehen sorgte. Zwölf Regierungsbezirke in den kurdischen Gebieten wurden zu »besonderen Sicherheitsregionen« erklärt. Es herrscht de facto das Kriegsrecht. Während linke und kurdische AktivistInnen weiterhin festgenommen werden, wurden inzwischen sämtliche IS-Verdächtige freigelassen.

Nach dem Suruç-Attentat und dem

Beginn der Luftoffensive begann die PKK mit Vergeltungsaktionen, die wiederum mit neuen Bombardierungen und Verhaftungen beantwortet werden. Innerhalb weniger Wochen wurden in 56 Städten HDP-Büros Ziele von Pogromen und Anschlägen. Als Reaktion auf die Luftoffensive gegen die PKK und Militäroperationen gegen zivile Kräfte haben kurdische Kommunen begonnen, die autonome Selbstverwaltung auszurufen. Die Eskalation der Gewalt führte auch dazu, dass binnen eines Monats 48 Soldaten und Polizisten getötet wurden. Die von Liveberichterstattung begleiteten Begräbniszereemonien für »Gefallene« werden von Erdoğan und Regierungsmitgliedern als Bühne für politische Reden instrumentalisiert. Zwar genießen Erdoğan und die AKP innerhalb der sunnitisch-konservativen Mehrheitsgesellschaft weiterhin Unterstützung, aber inzwischen sind auch von den Familienangehörigen von »Gefallenen« Proteste zu hören. Erst vor Kurzem wurde der stellvertretende Ministerpräsident Akdoğan bei einem Soldatenbegräbnis von einer wütenden Menge mit Wasserflaschen beworfen, worauf er fluchtartig den Ort verlassen musste.

Dennoch, Erdoğan und die AKP drehen weiterhin an der Eskalationsschraube. Provokationen und militärische Operationen in den kurdischen Siedlungsgebieten dauern an. Silvan, ein Vorort von Diyarbakır, und Şemdinli sind von der Armee belagert. Häuser wurden in Brand gesteckt und Geschäfte von Gewehrkegeln durchlöchert. In Silopi versuchen sich die EinwohnerInnen mit aneinander genähten Bettlaken, die sie zwischen ihre Häuser aufhängen, vor den Scharfschützen der Polizei zu schützen. Während regierungsnahen Medien von getöteten »Terroristen« sprechen, melden die wenigen unabhängigen Zeitungen und soziale Medien, dass die mutmaßlichen »Terroristen« unschul-

*Murat Çakır ist Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung.*

<sup>1</sup> Murat Çakır/Joachim Bischoff, Türkei – wie weiter?, in Sozialismus Heft 7/8-2015.

<sup>2</sup> Siehe: Axel Gehrig, »Die Stunde der abgewählten Executive. Ende des Friedensprozesses in der Türkei«, in: Infobrief Türkei, <http://infobrief-tuerkei.blogspot.de/2015/08/die-stunde-der-abgewählten-exekutive.html>.

dige Zivilisten seien. Untersuchungskommissionen der HDP berichten von Massakern in den kurdischen Städten, werden aber in den gängigen Medien nicht gehört. Die Menschen informieren sich nur noch über die sozialen Medien, weshalb inzwischen die Telefonnetze und Internetzugänge in diesen Regionen abgeschaltet wurden. In Kurdistan herrscht nun wieder Kriegszustand.

## **Kapitalfraktionen auffällig ruhig**

Erdoğan hat längst mit dem Wahlkampf begonnen. In seinen aktuellen Auftritten spricht er nur noch von der »Notwendigkeit des Präsidialsystems« und sagt: »Die Regierungsform der Türkei hat sich faktisch geändert. Nun muss die Verfassung an diese Realität angepasst werden.« Regierungsvertreter und AKP-Abgeordnete stimmen in diesen Chor ein und erklären mit Bezug auf die Eskalation der Gewalt, dass »das parlamentarische System an seine Grenzen gekommen« sei und »das Land aus dieser Situation nur mit dem Präsidialsystem herauskommen« könne.

Seit 2011 wirbt Erdoğan für sein autoritäres Präsidialsystem. Dabei kritisierte er stets die Gewaltenteilung. Schon damals schreckte er bürgerliche Verfassungsrechtler auf, als er sagte: »Wir wollen für unser Wachstum große Investitionen tätigen. Aber die Oligarchie der Gerichte will uns dabei hindern. Es kann nicht sein, dass irgendein Verwaltungsrichter wegen Umweltvorgaben für das Land wichtige Investitionen verhindert. (...) Die Türkei ist ein starker Staat und muss wie eine Aktiengesellschaft regiert werden. Gewaltenteilung darf uns dabei nicht behindern.« Obwohl die Medien gleichgeschaltet sind und der Justizapparat, genau wie Polizei und Militär, längst unter seine Kontrolle gebracht wurde, will Erdoğan der erste Präsident der »neuen Türkei« werden. Im Grunde ist das Präsidialsystem ein Protektionsversprechen an das klein- und mittelständische sunnitisch-konservative Kapital, das bei der schärfer werdenden Konkurrenz mit den internationalen Monopolen auf die Unterstützung des Staates angewiesen ist. Eng verwoben mit den internationalen Monopolen stellt sich das tür-

kische Großkapital, das einen Großteil der industriellen Produktion und des Exportes unter Kontrolle hält, dagegen. Erdoğan's Präsidialsystem wurde vom Großkapital als eine Vormundschaft der kapitalistischen Konkurrenz bewertet. Der prowestliche Unternehmensverband TÜSIAD setzte auf das parlamentarische System und unterstützte die Forderungen nach Stärkung des Parlaments. Mit dem Wahlergebnis vom 7. Juni schienen Erdoğan und ihn unterstützende Kapitalfraktionen beim Kampf um die politische Form der Organisation der kapitalistischen Konkurrenz eine vorläufige Niederlage erlebt zu haben.<sup>3</sup>

Nun drängt Erdoğan auf eine endgültige Entscheidung. Obwohl die Kapitalakkumulation stagniert, das Wirtschaftswachstum rückgängig ist und die Lasten der Vielfachkrise immer größer werden, sind die Kapitalfraktionen z.Zt. auffällig ruhig. Dabei ist die Situation alles andere als rosig: Die Auslandsverschuldung der Privatwirtschaft hat die 212-Mrd.-US-Dollar-Marke überschritten. In den nächsten zwölf Monaten sind insgesamt 69,8 Mrd. US-Dollar an Tilgungszahlungen fällig, was eine neue Umschuldung wahrscheinlich macht. Die Türkische Lira (TL) verliert weiterhin an Wert: In der dritten Augustwoche kostete ein US-Dollar fast 2,90 TL. Bald könnte die 3,00 TL-Marke überschritten werden. Auch die türkischen Banken bekommen Schwierigkeiten: Laut einem Bericht des Risikozentrums der Türkischen Bankenunion (TBB) hat sich das Volumen der so genannten faulen Kredite der Privatwirtschaft um 25,8% auf 40,9 Mrd. US-Dollar erhöht. Aber allgemein betrachtet kann z.Zt. nicht von einer Entwicklung gesprochen werden, die den Interessen der Kapitalfraktionen widersprechen würde. Zum einen sind von der Auslandsverschuldung eher die klein- und mittelständigen Unternehmen betroffen, nicht das Großkapital. Die sunnitisch-konservativen Kapitalfraktionen wiederum können sich bezüglich der Verschuldung und fauler Kredite staatlicher Unterstützung sicher sein. Das Davutoğlu-Kabinett hat längst neue indirekte Steuern beschlossen. Auch bei den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst ist

der Staat nicht willens, einer Lohnerhöhung über der Inflationsrate zuzustimmen. Aufgrund des Wertverlustes der TL hat der gesetzliche Mindestlohn inzwischen eine Kaufkraft von nur noch 341 US-Dollar. Insofern können alle Kapitalfraktionen zu Recht davon ausgehen, dass die Krisenrechnung den Beschäftigten und privaten Haushalten präsentiert wird.

## **Ein weiterer Faktor: Das angespannte Umfeld**

Auch wenn in den westlichen Medien der türkische Krieg in Kurdistan weitgehend verschwiegen wird, kommen sie doch nicht umhin, Ankaras Haltung in der Syrienfrage zu kritisieren. Es steht außer Frage, dass auch die Kriege im Irak und in Syrien für die Krisen der Türkei mitverantwortlich sind. Zumal die AKP-Regierung Syrien zu einem innenpolitischen Thema erkorren hat. Der Grund ist nicht nur die Assad-Gegnerschaft der AKP, sondern in erster Linie die eigene Kurdenproblematik. Der erfolgreiche Kampf gegen den IS, die Befreiung Kobanês und davor die Evakuierung der ezidischen Bevölkerung aus den Schengal-Bergen sowie die Gründung der Kantone Rojavas auf der Grundlage eines demokratisch-geschlechtergerecht verfassten Gesellschaftsvertrages hat der kurdischen Bewegung von Abdullah Öcalan in der internationalen Öffentlichkeit große Sympathien eingebracht. Bei dem – wenn auch zaghaften – Vorgehen der USA gegen den IS sind die Volksverteidigungseinheiten YPG und die Frauenverteidigungseinheiten YPJ in Rojava zu unverzichtbaren Partnern geworden. Das ändert zwar nichts daran, dass die USA die Schwesterorganisation der YPG, die HPG-Guerilla der PKK, weiterhin als »terroristische Organisation« betrachten, aber ein militärisches Vorgehen der Türkei gegen die YPG wird von den USA nicht zugelassen.

Die Kantone in Rojava wurden für die Türkei zu einer doppelten Herausforderung: als ein Hindernis für die Erweiterung der türkischen Einflussphäre in Syrien, und als Modell für die kurdische Bevölkerung in der Türkei. Deshalb erklärt Erdoğan bei jeder Gelegen-



Kurdish Female YPG Fighter, flickr/free kurdistan

heit, dass »die Türkei ein staatliches Gebilde an seinen syrischen Grenzen nicht zulassen« werde. So war es auch kein Zufall, dass türkische Kampfflotten, die Angriffe auf IS-Stellungen flogen, »fälschlicherweise« auch einige YPG-Stellungen bombardierten.

Im Grunde genommen bedeuten die türkischen Luftangriffe auf PKK-Stellungen in Nordirak eine Schwächung des Kampfes gegen den IS, weil die PKK in Nordirak gemeinsam mit nordirakischen Kräften das Vordringen der IS-Miliz nach Rojava verhindert. Aus diesem Grund ist es nachzuvollziehen, wenn die kurdische Bewegung die türkische Luftwaffe als »Luftwaffe des IS« tituliert. Die Türkei will mit aller Macht die Vereinigung der Kantone Rojawas verhindern. Seit Beginn des syrischen Bürgerkriegs fordert Ankara die Einrichtung einer »Pufferzone« – inzwischen »Schutzzone« – im Norden Syriens. Bis jetzt fanden zwei NATO-Treffen auf der Grundlage des Art. 4 des NATO-Vertrages statt, die von der Türkei initiiert waren und in denen die Türkei ihre Forderungen stellte. Aber die führenden NATO-Länder erteilten Ankaras Wünschen immer wieder Absagen. Selbst nach Öffnung des Luftwaffenstützpunktes Incirlik konnte die Türkei die Zustimmung der USA für eine »Schutzzone« nicht bekommen. Der inzwischen beschlossene Abzug deutscher und US-amerikanischer Patriot-Systeme kann als eine weitere Niederlage der türkischen Außenpolitik bewertet werden.

Es ist offensichtlich, dass die unmittelbaren Interessen der kapitalistischen Hauptländer USA und BRD in Syrien

stark von denen des türkischen Staates abweichen. Während die Türkei islamistisch-terroristische Gruppen als Gegenmacht zu den kurdischen Einheiten in Rojava erhalten und für ihre Politik gegen das Assad-Regime weiterhin unterstützen will, verfolgt die USA eine Strategie, die darauf abzielt, mit Unterstützung der kurdischen Einheiten das Einflussgebiet der IS zu begrenzen, ohne den IS gänzlich zu zerschlagen, da dies das Assad-Regime stärken könnte. Die US-iranische Annäherung, die Zersplitterung der sogenannten syrischen Opposition, die erfolglosen Ausbildungsversuche von »gemäßigten islamischen Kämpfern«, der weiterhin vorhandene gesellschaftliche Rückhalt des Assad-Regimes in Syrien, die Aktivitäten der israelisch-saudischen Allianz, die Rolle Russlands und das Vorgehen der Türkei machen die Situation in Syrien völlig unübersichtlich. Noch kann nicht vorausgesagt werden, wie eine Annäherung der divergierenden Interessen der USA, BRD und der Türkei hergestellt werden kann. Im weiteren Verlauf des Bürgerkrieges werden wir sicherlich die Antworten darauf bekommen. Es steht aber fest, dass für die USA die Nutzung von Incirlik eine positive Entwicklung ist. Aber wenn nicht bald »Erfolge« vorgezeigt werden können, könnte die Bedeutung von Incirlik zweitrangig werden. Für die USA steht mit der kurdischen Regionalregierung im Nordirak, wo nahe Erbil ein US-Stützpunkt im Format des kosovarischen Camp Bondsteel geplant ist, eine weitere Alternative bereit. Die Barzani-Regierung hat das Potenzial, als

»Stabilitätsanker« für die US-Interessen in der Region zu fungieren.

Aber hier sollte ordnungshalber auf die perfide Doppelmoral der US-Administration und der Bundesregierung hingewiesen werden. Sowohl die USA als auch die BRD »ermahnen« die Türkei, den Friedensprozess mit der PKK nicht zu gefährden, geben aber der Türkei für ihren schmutzigen Krieg gegen die eigene kurdische Bevölkerung weiterhin Rückendeckung. Besonders die Bundesregierung ist ungläubwürdig. Solange die BRD mit Rüstungsexporten und repressivem Vorgehen gegen kurdische AktivistInnen hierzulande weitermacht, solange wird sie sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, aus rein wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen an den Massakern Ankaras Mitverantwortung zu tragen.

### Wie sehen die Perspektiven aus?

Die außenpolitischen Niederlagen, das Stocken der Kapitalakkumulation, die Schwächung der Binnenkonjunktur, die schwache globale Nachfrage, das chronische Leistungsbilanzdefizit, die Verschuldung, die ungelösten Nationalitäten- und Minderheitenfragen, Korruptionen, Legitimations- und Repräsentationskrisen, undemokratische und unsoziale Gesetzgebung, die Eskalation militärischer Gewalt, der autoritäre Neoliberalismus und die Islamisierung u.v.a.m. bilden in ihrer Gesamtheit die türkische Vielfachkrise. Die lange vom Westen gepflegte Erzählung vom »türkischen Wirtschaftswunder« hat sich als Seifenblase erwiesen. Es ist offensichtlich, dass Erdoğan und die ihn unterstützenden Kräfte den Weg aus der Vielfachkrise im Krieg, im autoritären Präsidialsystem und der Errichtung eines »Sicherheitsregimes« suchen. Dadurch potenzieren sich die Gefahren, nicht nur für das Land selbst, sondern für die gesamte Region.

Doch wie wird es weitergehen? Wie sehen die Perspektiven aus? Mit dem Stand vom 20. August kann angenommen

<sup>3</sup> Siehe: Errol Babacan, »Die Türkei nach den Wahlen – Politischer Autoritarismus und kapitalistische Dynamiken«, in: Infobrief Türkei, <http://infobrief-tuerkei.blogspot.de/2015/06/die-tuerkei-nach-den-wahlen-politischer.html>.

men werden, dass Erdoğan mit einer von ihm berufenen Regierung die Neuwahlen ansteuern wird. Es mag paradox erscheinen, aber Erdoğan hat mit seiner Strategie, eine Koalitionsregierung durch Verschleppung zu verhindern, die Niederlage vom 7. Juni in einen vorläufigen Sieg verwandelt und steht gegenüber dem Parlament mächtiger da als je zuvor. Laut Art. 116 der türkischen Verfassung hat der Staatspräsident in dieser Situation das alleinige Recht, ein Kabinett zu berufen. Zwar sagt Art. 116, dass »der Staatspräsident in Beratung mit dem Parlamentspräsidenten den Beschluss fassen kann, binnen einer Frist von 45 Tagen nach der Wahl des Parlamentspräsidiums die Wahlen zu erneuern«,<sup>4</sup> aber das ist eine Kann-Bestimmung. Ob Erdoğan tatsächlich und für welches Datum er Neuwahlen ausrufen wird, liegt in seinem Ermessen.

Es gibt genügend Anzeichen dafür, dass sich Erdoğan für diese Entscheidung viel Zeit nehmen wird. Zum einen bescheinigen aktuelle Wahlumfragen, dass eine Neuwahl am derzeitigen Parlamentstableau wenig ändern würde. Laut den Umfragen würde die HDP wieder die Wahlhürde überwinden und die AKP, die 1 bis 2 Punkte zulegt, wäre wieder auf einen Koalitionspartner angewiesen. Zum anderen würde Erdoğan mit einer vorzeitigen Entscheidung seine derzeitige Machtposition verlieren. Erdoğan hat jetzt viele Möglichkeiten, die er je nach Situation nutzen kann. Die Oppositionsparteien haben sich durch eigene Fehler seinem Willen ausgeliefert. Nach den Wahlen hatten CHP und HDP verlautbart, dass Erdoğan »illegitime Macht ausübt« und sie »niemals« seinen Amtssitz aufsuchen würden. Heute erklären beide Parteien, dass sie aus Staatsräson bereit sind, in einer kommissarischen Regierung Minister zu stellen. Erdoğan hat sie in eine Bittsteller-Situation gedrängt und wird nun selbst bestimmen, wen er aus diesen Parteien in das Kabinett beruft – wenn überhaupt. Die CHP und HDP haben sich in eine Lage manövriert, in der sie nur ein Spielball Erdoğan sein können.

Abdüllatif Şener, ein guter Kenner Erdoğan und zwischen 2002 und 2007 sein stellvertretender Minister-

präsident, inzwischen erbitterter Gegner, meint, dass Erdoğan über zwei realistische Möglichkeiten nachdenkt:<sup>5</sup> Die erste Möglichkeit ist, mit einer von ihm berufenen AKP-Regierung die Neuwahlen zu organisieren. Dabei wird er an der Eskalationsschraube weiterdrehen, um mithilfe der kontrollierten Gewalt nationalistische WählerInnen an sich zu binden. Es ist offensichtlich, dass er dafür den Tod von weiteren Soldaten und Polizisten hinnimmt, denn mit jedem »Gefallenen« sieht er die AKP-Zustimmung wachsen. Zudem wird sicherlich – wie zuvor – mit fingierten Umfrageergebnissen versucht werden, eine Stimmung zu erzeugen, in der man von einem AKP-Sieg ausgeht und so die Wahlbeteiligung niedriger gehalten wird. Eine niedrige Wahlbeteiligung bedeutet vor allem das Fernbleiben von laizistischen WählerInnen. Es sind auch Pläne bekannt geworden, die WählerInnen in den ländlichen Gebieten in die Städte fahren zu lassen. Damit wäre Wahlfälschungsversuchen Tür und Tor geöffnet. Zudem wird mit der Aufrechterhaltung von »besonderen Sicherheitsregionen« die HDP-Wählerschaft unter Druck gesetzt.

Die zweite Möglichkeit, von der Şener spricht, ist der Transfer von 18 Abgeordneten, die eine AKP-Alleinregierung ermöglichen würden. Für türkische Verhältnisse wäre das nichts Ungewöhnliches. In der Vergangenheit wurde dieses Mittel mehrfach angewendet. Die Tatsachen, dass zum einen die Neuwahl für einige Oppositionsabgeordnete das Ende ihrer parlamentarischen Karriere bedeutet, und zum anderen AKP und MHP zum größten Teil das gleiche WählerInnen-Reservoir, nämlich die sunnitisch-konservative Mehrheitsgesellschaft, ansprechen und den gleichen Kapitalfraktionen nahestehen, vereinfachen diese Option.

So abwegig sind die Äußerungen von Şener nicht. Ähnlich stellt Gehring fest: »Die gegenwärtige politische Lage markiert also geradezu eine Explosion von Möglichkeiten, bei der die vielen gegenwärtigen Instabilitäten der politischen Lage durch den Souverän machiavellistisch im Sinne eines fragilen Gleichgewichts ausbalanciert werden können. Entscheidend ist dabei, dass die ver-

schiedenen Instabilitäten nicht etwa die AKP gefährden, sondern ihr vielmehr jenen politischen Spielraum geben, den sie im Falle der Konfrontation mit einer geschlossenen Opposition nicht hätte. Der de facto herrschende Ausnahmezustand ist eben die Stunde der Exekutive – selbst wenn diese abgewählt ist. Gleichwohl zeigen die Entwicklungen der letzten Jahre, dass die AKP in immer kürzeren Abständen zu immer stärkeren Methoden der Polarisierung greifen muss. Der Besitz der Staatsapparate und die Zersplitterung der Opposition werden für die AKP dabei immer wichtiger.«<sup>6</sup>

Welche Möglichkeit Erdoğan auch wählen wird, eine nachhaltige Lösung wird er nicht haben können. Selbst wenn nach einer Neuwahl die AKP wieder eine Alleinregierung stellen und gar mit einer Verfassungsänderung das Präsidialsystem einführen könnte, würden sich die vorhandenen Krisen vertiefen, da mindestens die Hälfte der Gesellschaft weiter in Feindschaft gegenüber der AKP stehen würde. Nicht auszumalen, wenn die PKK, die derzeit in einer »Verteidigungsposition« steht, sich für einen aktiven bewaffneten Kampf entscheiden würde.

Absolute Annahmen gibt es natürlich nicht. Noch ist nicht klar, ob die Opposition so zersplittert bleibt wie es bis jetzt der Fall ist, und ob sich nicht neue Widerstandspotenziale ergeben. Noch ist auch nicht klar, ob auf dem Parteikongress der AKP im September der mögliche Kontrahent Erdoğan und ehemalige Staatspräsident Abdullah Gül eine wesentliche Rolle spielen kann. Von den weiteren Entwicklungen in der Region ganz zu schweigen. Aber unabhängig davon steht fest, dass der Türkei blutige Wochen bevorstehen, die die derzeitige Eskalation der Gewalt unkontrollierbar machen können. Ungeniert davon spielt Erdoğan mit dem Feuer und kann sich auf die Unterstützung seiner strategischen Partner im Westen verlassen.

<sup>4</sup> Siehe: Die Türkische Verfassung (Türkisch), [https://www.tbmm.gov.tr/anayasa/anayasa\\_2011.pdf](https://www.tbmm.gov.tr/anayasa/anayasa_2011.pdf).

<sup>5</sup> Siehe: Interview mit Abdüllatif Şener, in: Internetportal T24, <http://t24.com.tr/haber/abdullatif-sener-cumhurbaskani-45-gun-dolduktan-sonra-da-secim-karari-vermez,306463>.

<sup>6</sup> Siehe: Axel Gehring, a.a.O.

# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
  - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
  - Internationales/Krieg & Frieden
  - Buchbesprechungen/Filmkritiken
  - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie  ABC  Mandel  Roth

Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie  ABC  Mandel  Roth

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

